

6. Auf der internationalen Beratung brachten die Führer der kommunistischen und Arbeiterparteien die hohe Wertschätzung ihrer Völker für den konsequenten Kampf des ersten sozialistischen Staates deutscher Nation, der Deutschen Demokratischen Republik, zum Ausdruck. Sie solidarisierten sich mit der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die auf die weitere Stärkung der Bastion des Sozialismus und des Friedens auf deutschem Boden, gegen die Expansions- und Revanchepolitik des westdeutschen Imperialismus gerichtet ist. •

Auf der internationalen Beratung wurde ein gerechtes Urteil über die aggressive Politik des westdeutschen Imperialismus — den Hauptgefahrenherd für Sicherheit und Frieden in Europa — gefällt. Alle Versuche, diese Politik mit Hilfe der sozialdemokratischen Minister der Bonner Regierung zu verschleiern, wurden entlarvt.

Das Politbüro des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands dankt allen Bruderparteien für die der DDR bekundete solidarische Hilfe im Kampf gegen den westdeutschen Revanchismus und Militarismus. Das umfassende Programm für die Herbeiführung der europäischen Sicherheit, das die Unantastbarkeit der in Europa bestehenden Grenzen, insbesondere der Oder-Neiße-Grenze und der Grenze zwischen der westdeutschen Bundesrepublik und der DDR, die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, die Verhinderung des Zugangs Westdeutschlands zu Kernwaffen in jeglicher Form, den Verzicht Westdeutschlands auf die Alleinvertretungsanmaßung, die Anerkennung Westberlins als besondere politische Einheit, die Anerkennung der Ungültigkeit des Münchener Diktats von Anfang an, das Verbot aller neonazistischen Organisationen erfordert, ist ein organischer Bestandteil des weltweiten Aktionsprogramms für den Kampf gegen den Imperialismus.

Die Ergebnisse der internationalen Beratung verleihen den Mitgliedern und Kandidaten unserer Partei, der Arbeiterklasse, der Klasse der Genossenschaftsbauern, den Angehörigen der Intelligenz, den Kultur- und Geisteschaftern, allen Bürgern, die für das Wohl unseres sozialistischen Staates schaffen, neuen Elan und neue Kraft für die Gestaltung des entwickelten

gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR entsprechend den Beschlüssen des VII. Parteitag der SED.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erklärt, daß sie voll und ganz zu den auf der internationalen Beratung übernommenen Verpflichtungen im gemeinsamen antiimperialistischen Kampf steht, die dort angenommenen Dokumente billigt und sie zur Richtschnur ihres Handelns macht. Wir werden unseren Hauptbeitrag zum Sieg in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus auch weiterhin durch die allseitige Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik als untrennbarer Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft und zuverlässiger Verbündeter aller antiimperialistischen Kräfte leisten.

Grundlegende Bedeutung hat dafür die Erfüllung der ökonomischen Aufgaben, die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1969 in allen Positionen und die gründliche Vorbereitung des Volkswirtschaftsplanes für das Jahr 1970, der den Übergang zum künftigen Perspektivplan schafft.

Das Politbüro des Zentralkomitees ruft alle Parteiorganisationen, die Genossen in den staatlichen Organen, in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, in allen gesellschaftlichen Organisationen, in Industrie und Landwirtschaft, in den wissenschaftlichen Institutionen, in den Bereichen der Kultur und Kunst auf, gemeinsam mit allen Bürgern sich systematisch und auf lange Sicht den theoretischen Reichtum, die politischen Erfahrungen und den hohen Ideengehalt der Dokumente und Materialien der internationalen Beratung anzueignen. Eine große Hilfe dafür sind Versammlungen, Seminare, Kolloquien, theoretische Konferenzen und andere. Formen der gemeinsamen Aussprache und des Studiums.

Tragen wir durch eine gründliche und umfassende politische und ideologische Arbeit im Geiste unserer siegreichen Lehre, des Marxismus-Leninismus, getreu unseren internationalistischen Verpflichtungen, dazu bei, mit neuen Leistungen den 20. Jahrestag unserer Deutschen Demokratischen Republik zu begehen!

Berlin, den 24. Juni 1969